

Carmen Emigholz

Maßnahmen zur Vermeidung des „Infarkts“

So zugespitzt wie die Darstellung waren auch die Erwiderungen - nicht ausreichend recherchiert, empirisch nicht fundiert belegt und widersprüchlich in der Argumentation: Das waren nur einige Reaktionen auf die Streitschrift „Der Kulturinfarkt“ der Autoren Haselbach, Klein, Pius und Opitz. Nach kurzer, wenn auch intensiver Debatte im Frühjahr 2012 schien das Thema aus den eingangs genannten Gründen eigentlich erledigt. Zu pauschal fiel leider der Rundumschlag gegen die Strukturen der Kulturpolitik aus, zu polemisch und damit schwer verwendbar für die weitere konkrete Debatte erwiesen sich die Thesen der vier Verfasser.

Alle Beteiligten haben aus dieser Diskussion gelernt. Deshalb ist es nicht überraschend, dass Kernpunkte dieser lebhaften Erörterung um die Zukunft der Kulturförderung in anderer Form Eingang in den Diskurs finden – diesmal unter dem Schlagwort „Kulturplanung“.

Mit diesem aus früheren Jahrzehnten stammenden Begriff verbindet man die richtige Absicht, kulturpolitische Entwicklungsspielräume zu definieren und Klarheit über Handlungsspielräume zu gewinnen und somit in den heutigen Problemlagen bestehen zu können. Das liest sich interessant - doch welche Lösungswege werden angeboten?

Natürlich ist es sinnvoll, in Zeiten knapper Kassen und der verfassungsrechtlich inzwischen breit verankerten Schuldenbremse in einen Diskurs über künftige Förderstrategien einzutreten. Die Bereitstellung eines angemessenen Kulturangebots für Menschen aller Altersgruppen und Schichten bleibt gerade in Zeiten großer sozialer Herausforderungen wie demografischem Wandel, Migration und das Auseinanderdriften sozialer Milieus eine Herkulesaufgabe. Der Anspruch, „Kultur für alle“ zu ermöglichen, hat an Gültigkeit nichts eingebüßt. Irreführend ist es jedoch, abstrakt und pauschal von einem Überangebot zu sprechen und auf dieser Grundlage einem Teil der Kultureinrichtungen tendenziell die Existenzberechtigung abzusprechen.

Doch Vorsicht: Ein häufig zugespitzt formulierter Anspruch von Marktfähigkeit bzw. Ökonomisierung wird dem Wert kultureller Angebote, der sich nur schwer messen lässt, nicht gerecht - und ein eher planwirtschaftlich anmutendes Ansinnen, Tätigkeiten, die eindeutig mit einem Freiheitsverständnis verbunden sind, in Schemata zu pressen, läuft darüber hinaus dem im Grundgesetz verbrieften Recht der Kunstfreiheit entgegen.

Selbstverständlich tut jede verantwortliche politische Handlungsebene gut daran, öffentliche Kulturförderung nicht willkürlich zu betreiben, sondern Ziele zu definieren und auch regelmäßig zu überprüfen – sowohl im Dialog mit Kulturakteuren, einer interessierten Öffentlichkeit und politischen Gremien.

Dies heißt, einen wachen Blick ebenso auf die traditionellen Kultureinrichtungen zu haben wie auch auf die vielen Initiativen der freien Szene.

Völlig verfehlt sind Strategien, diese gegeneinander auszuspielen.

„Groß“ bedeutet nicht per se schlecht, und „klein“ bedeutet nicht per se gut. Arbeit in der Kultur wird von Menschen geleistet und muss immer auch ein individuell zu betrachtendes Leistungsspektrum sein, das sich nur schwer schematisieren lässt.

Grundsätzlich können die heutigen Herausforderungen der Kulturpolitik nicht allein über Planungsansätze bewältigt werden, sondern über intensive Gespräche und glaubwürdiges Handeln. Die Akteure im Kulturbereich müssen als Subjekte und nicht als Objekte einer Zukunftsgestaltung in den Prozess bzw. den Dialog eingebunden werden. Am Ende steht oft der Mut politisch Verantwortlicher, ernsthafte Argumente offenzulegen, Entscheidungen zu treffen und Weichenstellungen vorzunehmen.

Dies gilt vor allem, wenn die Akteure unter den Generalverdacht gestellt werden, durch die Kulturförderung sowieso nur ihren eigenen Fortbestand absichern zu wollen und postuliert wird: Das kulturelle Angebot einer Kommune solle sich an der Nachfrage orientieren.

Die allgemeine Gültigkeit der eigens postulierten These wird unterstellt. Genau dies entspricht aber weder den gesellschaftlichen Anforderungen an eine lebendige Kulturlandschaft noch den Bedürfnissen der Einrichtungen selbst. Ästhetische Konzeptionen, kreative Aktivitäten und kulturelle Vermittlungsarbeit lassen sich, wenn auch mit unterschiedlichsten Gewichtungen, nur schwer in bewertbare Kategorien fassen.

Im Gegenteil: Provokationen eröffnen keine neuen Spielräume, sondern sie beflügeln nur „falsche Unterstützer“, die den Wert kultureller Angebote allein an ihrer Marktgängigkeit bemessen wollen.

Hier stellt sich die Frage, von welchem Kulturbegriff man eigentlich ausgeht und ob nicht jeder Mensch das Recht hat, um seine Existenz zu kämpfen.

Wenn man diese vordringlich ökonomistischen Wertigkeiten auf die Spitze treibt, stellt sich im übrigen die interessante Frage, ob Vertreterinnen und Vertreter anderer Berufsgruppen bei solch hohen Ansprüchen nicht auch Legitimationsprobleme bekommen oder ob der Staat mit seinen Förderaktivitäten in Zeiten der wirtschaftlichen Krise tatsächlich immer weniger seine Verantwortung für die Sicherung von Arbeitsplätzen übernehmen soll.

Schutzfunktion für die Kultur

Die aktuelle Herausforderung ist, den Schutz der kulturellen Substanz zu gewährleisten, den Stellenwert künstlerischer Angebote zu sichern und zugleich die Wege für Erneuerungen von innen und außen zu öffnen, die auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert.

Gefordert ist zudem ein realistischer Blick auf die Praxis der Kulturförderung, die natürlich die Situation der Kommunen und Großstädte nicht ausblendet.

Diese befinden sich seit Jahren in schwierigen Finanzlagen, stehen aber gleichzeitig in der Pflicht, die Ballungsräume angemessen zu versorgen. Erschwerend kommen neue Aufgaben hinzu, etwa der Rechtsanspruch bei der Betreuung von unter Dreijährigen. In strukturschwächeren Regionen treten dann oft demografische

Strukturprobleme hinzu, die ein vermindertes Steueraufkommen nach sich ziehen. Die Folge sind zum Teil dramatische Engpässe und Einbrüche in den Bereichen, die keinen gesetzlich verbrieften Förderanspruch haben. Dies gilt auch für die kulturelle Infrastruktur.

Eine Kulturpolitik, die unter dem Mantel der „Planung“ Angebote streicht und Einrichtungen schließt, die sich – zugespitzt formuliert - am Markt nicht bewähren, kann nicht als Allheilmittel gegen die Krise gelten, denn bloße Marktmacht ist nicht automatisch ein Gütesiegel, sondern möglicherweise in mancher Hinsicht ein konsumorientierter, nicht zwangsläufig nachhaltig wirkender Marketingeffekt. Diese Feststellung darf nicht zu dem Umkehrschluss führen, dass der bloße Selbstzweck in der Kulturförderung Überhand gewinnen soll. Es bedarf eines klaren Blickes und des Mutes, fachliche Standards zu formulieren, um sich nachvollziehbaren Förderstrategien zu nähern. Hier sind dem unterstützenden Staat Grenzen gesetzt. Der Staat schafft Rahmenbedingungen, darf aber nicht in die Kunst hineinregieren. Die schlimmsten Zeiten deutscher Geschichte mahnen uns zu Sensibilität und Toleranz.

Es gilt, mit Augenmaß Gestaltungsspielräume zu erkennen und die Freiheit künstlerischer und kultureller Produktivität zu schützen. Hier ist es notwendig, gezielte programmatische Strategien zu entwickeln, die nicht immer in ihrer Aussagekraft Bücherschränke füllen müssen, sondern schon auf Grund des gestiegenen öffentlichen Bedürfnisses nach Präzision und Transparenz hoffentlich eine Kürze und Klarheit entwickeln, die ohne Barrieren Kulturpolitik nachvollziehbar macht.

Auffallend ist, dass es bei vielen Autoren von Kulturentwicklungsplänen wunderbar formulierte, fachliche Leitsätze gibt, die in der Tat häufig eine nahezu immer währende Gültigkeit besitzen. Die Instrumente von Förderpolitik werden in den Ausführungen zur Entwicklungsplanung in aller Regel nur knapp erwähnt. Vielfach steht man/frau Schlagworten gegenüber, die mit Leben gefüllt werden müssen. Jede noch so gute Absichtserklärung hat nur geringe Folgen, wenn sie nicht mit angemessenen Taten zur Realität wird.

Gerade hier kommen die Instrumente von gezielter Förderung ins Spiel. Es gibt verschiedene Wege in der Ausübung des öffentlichen Haushaltsrechts, und das eigentliche Spannungsfeld befindet sich zwischen definiertem Ziel und realistischer Umsetzung.

So existiert ein Unterschied zwischen dem Abschluss von Kontrakten, Zielvereinbarungen oder Projektvergaben. Die Beherrschung dieser Instrumente entscheidet oft über die Möglichkeit, kulturelle Vielfalt zu sichern.

Kultur ist freiwilliger staatlicher Leistungsbereich und damit im Lichte öffentlicher Sparvorgaben häufig beliebigen Kürzungsrunden bzw. Quoten unterworfen. Zahlreiche Beispiele belegen dies. Viele Einrichtungen verfügen heute über Etats, die ihnen kaum Handlungsspielräume eröffnen. So bleiben gerade wichtige Aktivitäten der Kommunikation und Vermittlungsarbeit auf der Strecke, die notwendig sind, um auch neue Generationen für Kunst und Kultur zu begeistern.

Gute Programmatiken kosten Geld, und das ist knapp. Deshalb wird es unumgänglich sein, schonungslos auf die Lage der Einrichtungen zu schauen und sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Wer Leistungen erwartet, muss etwas riskieren. Das bedeutet, wie bei jeder Unternehmung – wenn man einen Moment in

der Gedankenwelt der „Kulturinfarkt“-Autoren verweilen möchte –, keine willkürliche Schließung und Umverteilung, sondern den bewussten Einsatz von Risikokapital. Nur wer etwas wagt, gewinnt. Antizyklische Förderung hat sich oft als Motor von Innovationen bewährt. Es fehlt häufig der Mut, diese Strategie politisch zu etablieren - das sicher vor dem Hintergrund, dass Fehler in einer medialen Welt kaum gestattet sind.

Eine allzu sehr auf Sicherheit bedachte Förderphilosophie ist in schwierigen Zeiten oft vernünftig und wirkt stabilisierend, versperrt aber nicht selten neuen Entwicklungen den Weg. Diese Herausforderung, der alle kulturpolitisch verantwortlichen Akteure unterlegen sind, positiv zu bewältigen, verlangt kulturpolitisches Stehvermögen und Kreativität, aber keinen Taschenrechner. Hilfreich ist hier vor allem der offene Austausch zwischen Politik und Kulturakteuren auf Augenhöhe – und zwar darüber, wie man auch unter den wenig inspirierenden Bedingungen der „Schuldenbremse“ impulsgebende und innovative Projekte finanzieren kann. Inzwischen ist auch bei den Einrichtungen angekommen, dass öffentliche Förderung in diesen Zeiten kein System nachwachsender Rohstoffe sein kann. Entsprechend klug werden die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, entsprechend umsichtig wird um private Drittmittel geworben.

In einem solchen Dialog gilt es jetzt, gemeinsam konkrete Visionen einer Kulturpolitik in verschiedenen Feldern zu definieren und Instrumentarien der Umsetzung zu entwickeln.

Vordringliche Aufgabe kann dabei nur sein, gute Voraussetzungen für die Entwicklung kultureller Angebote zu schaffen.

Entwicklungsfelder und Herausforderungen

Entscheidend ist, wie ein angemessenes Kulturangebot für alle Menschen vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen wie demografischem Wandel, Interkulturalität und der Ermöglichung kultureller Bildung im Sinne eines lebenslangen Lernens abgesichert werden kann.

Der Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ist dazu eine immer noch lohnende Lektüre und listet 459 konkrete Handlungsempfehlungen für die Kulturpolitik auf.

Interessant ist in jedem Fall, in den kulturpolitischen Diskurs die Wirkungen von Kultur nicht nur reflektierend, sondern auch evaluierend aufzunehmen und diese Auseinandersetzung als offene Debatte zu führen, die von der Teilhabe zahlreicher Akteure lebt – sowohl aus der Kulturszene wie auch aus der Bürgergesellschaft. Deren Ergebnisse können und sollten natürlich in Planungsprozesse und Schwerpunktbildungen einfließen. Das lohnende, auf Dauer angelegte Projekt ist der kontinuierliche Dialog.

Dieser sichert, wenn er ernst gemeint ist, auch langfristig eine Vorstellung von nachhaltiger kultureller Infrastruktur, weil sie von neuen gedanklichen Impulsen lebt. Eins sollte man bei allen Strategien bedenken: Kaum eine Kommune wird ein Theater oder Konzerthaus je wieder eröffnen, das einmal geschlossen war.

Das Ziel darf jedoch nicht die bloße Konservierung eines status quo sein, sondern – wie die Enquete-Kommission es formuliert hat – „Erhalt durch Anpassung und Veränderung“¹.

Anders ausgedrückt: Eine Kulturpolitik, die stabile Rahmenbedingungen schafft und gleichzeitig zu einem offenen Dialog über die Reflexion gesellschaftlicher Veränderungsprozesse in den Kultureinrichtungen einlädt und auffordert, ermöglicht auch ein „Erneuern im Bestand“ und so die Setzung programmatischer Schwerpunkte. Verzichtet wird dabei ganz bewusst auf das an anderer Stelle unter „Planung“ subsummierte Vorgehen, Kultureinrichtungen nach starren Schemata zu beurteilen, denn von diesen gehen selten Impulse für Innovationen aus.

Zur Untermauerung einige Beispiele aus Bremen:

- „Quartier“, eine Einrichtung der Soziokultur, organisiert regelmäßig stadtweite Kulturprojekte für mehrere hundert Kinder und Jugendlichen zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Migration, demografischer Wandel oder Vergänglichkeit und bezieht dabei Schulen, Kindergärten und – je nach Themenstellung und Herangehensweise – freie Künstlerinnen und Künstler genauso ein wie Museen oder Theater. Den Teilnehmenden werden aktuelle Fragestellungen und kreative Herangehensweisen ebenso nahegebracht wie der Zugang zu den großen „Kultur-Tempeln“ einer Stadt, und die Einrichtungen betreiben im besten Sinne „audience building“.
- Mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen hat ein weltweit renommiertes Orchester seine Probenräume in eine Gesamtschule im sozialen Brennpunkt Tenover bezogen und initiiert dort eine Reihe von Projekten der kulturellen Bildung, die sich befruchtend auf den ganzen Stadtteil auswirken.
- Kunsthalle Bremen schafft den Spagat zwischen publikumswirksamen Aktivitäten, intensiver Erforschung des eigenen Bestands und Angeboten für alle Gesellschaftsschichten.
- Das Theater Bremen sucht gezielt die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der freien Szene, etwa beim Nachwuchsfestival „Out Now!“
- Umgekehrt öffnet sich das Bürgerhaus als soziokulturelles Zentrum in Bremen-Nord klassischen kulturellen Aktivitäten wie den großartigen Konzerteleistungen der EuropaChorAkademie.

Es sind solche Projekte und Aktivitäten, die unsere Städte beleben und bewegen. Nicht umsonst wird von Roth/ Richter die Kultur als „einzigen gesellschaftlichen, identitätsbildenden Zusammenhang und Zusammenhalt in Zeiten einer schrumpfenden Gesellschaft“ begriffen.² Anders gesagt. Menschen begreifen Kultur als wesentliches Element der Lebensqualität in einer Stadt.

¹ Vgl. S.227

² Roth, Martin; Richter, Ulrike (2006). Was haben Kultur und Demografie miteinander zu tun? Anmerkungen zu einem bislang wenig reflektierten Verhältnis. In Stiftung Niedersachsen (Hrsg.) (2006). „älter – bunter – weniger“. Die demografische Herausforderung an die Kultur (13–30). Bielefeld: transcript Verlag, S. 25f

Um solche positiven Wirkungen der Kultur auf das Gemeinwesen zu stützen und zu sichern, ist es nötig, bestimmte Fragen aufzuwerfen, die in naher Zukunft einer politischen Lösung bedürfen.

So ist ein Teil der deutschen Kultureinrichtungen in der institutionellen Förderung an das öffentliche Tarifwesen gebunden, andere hingegen nicht. Im Spannungsfeld zwischen freier Kulturarbeit, gerechten Lohnbedingungen und dem Beitrag, den die einzelnen Einrichtungen für eine lebenswerte Stadtgesellschaft leisten, muss die Kulturpolitik zu eigenen Antworten kommen. Dies ist im Übrigen auch keine Frage von Vielfalt, sondern schlicht des Interessenausgleichs.

Auch auf Bundesebene bedarf es der Veränderung – und das dringend. So gehört es auf die politische Agenda, die Fördermaßnahmen des Bundes eng mit den kommunalen Einrichtungen zu planen und abzustimmen. Allerdings ergeben sich für Zuweisung von Bundesmitteln an die Kommunen auf Grund der Ergebnisse der Föderalismuskommission II unter dem Stichwort „Kooperationsverbot“ deutliche Grenzen. Eine abgestimmte, auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmte Förderstrategie findet nicht statt. Mehr noch: Die Vorgabe zur zwingenden Komplementärfinanzierung durch die Länder verhindert gerade in strukturschwachen Gebieten oft die Umsetzung sinnvoller Projekte.

Netzwerkstrategien aktiv für die Kultur einzusetzen und den berechtigten Interessenausgleich der Akteure in den Fokus zu nehmen ist eine lohnende Herausforderung, die intensive Arbeitsprozesse nach sich ziehen wird, aber populistische Flurschäden zu vermeiden hilft.

In diesem Sinne sind wir alle aufgefordert, unsere Vorstellungen von Kulturentwicklung zu konkretisieren.

So verstanden heißt Kulturplanung: Sich direkt und konkret mit den aktuellen Konfliktlagen auseinandersetzen und davon ausgehend mittelfristig tragfähige Konzepte zu entwickeln – und nicht den Versuch zu unternehmen, die Realität in ein am Reißbrett entworfenes Schema zu pressen. Weiterführende Visionen entwickeln sich gerade aus diesem Dialog auf Augenhöhe.